

6. Regionalplanänderung des Regionalplans 2010 „Gewerbegebiet Wasserfurche“, Lauchheim

Vorlage zum Satzungsbeschluss

am 18. November 2016

(DS 05 VV-2016)

4 Begründung

Anlass und Vorhabenbeschreibung

Die Stadt Lauchheim beabsichtigt im Rahmen der 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Gemeindeverwaltungs- und Wasserversorgungsverbandes (GVWV) Kapfenburg das Gewerbegebiet „Wasserfurche“ zu ändern und zu erweitern, um dem ortsansässigen Unternehmen Kiener Maschinenbau GmbH eine Erweiterungsmöglichkeit für den Bau einer Produktionshalle und eines Verwaltungsgebäudes zu schaffen. Dafür wird ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt, der sich aktuell im Beteiligungsverfahren befindet.

Die Firma Kiener produziert Maschinen für die Automobil-, Textil-, Holz- und Solarindustrie. Das Unternehmen mit Hauptsitz in Lauchheim besteht seit 1980 und beschäftigt dort inzwischen über 300 Mitarbeiter. Weitere Standorte der Firmengruppe sind in Bopfingen, Ellwangen, Ungarn und China.

Es besteht konkreter Bedarf für eine Erweiterung des Unternehmens am bestehenden Standort. Für eine Erweiterung des Firmengeländes wurde bereits 2011 die Prüfung von Alternativstandorten vorgenommen. Gemäß der Begründung des Antrags auf Regionalplanänderung stehen im Stadtgebiet Lauchheim keine Gewerbegebiete für eine Gesamtverlagerung oder eine Teilverlagerung zur Verfügung, eine Neuausweisung von Gewerbeflächen ist aufgrund von topographischen und städtebaulichen Gründen nicht möglich und eine Verlagerung in Teilorte mit größerem Platzangebot wird nicht als zielführend bewertet.

Die Stadt Lauchheim beabsichtigt daher durch Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans das ortsansässige Unternehmen und die damit verbundenen Arbeitsplätze am Standort Lauchheim zu halten.

Um die Erweiterung des Gewerbebetriebes zu ermöglichen, ist die Regionalplanänderung im Bereich der Grünzäsur erforderlich. Für diesen Zweck muss die Grünzäsur im Bereich der Betriebserweiterung aufgehoben werden. Der Bereich soll anschließend nachrichtlich als kommunale Gewerbefläche dargestellt werden.

Die Fläche der beantragten Regionalplanänderung befindet sich westlich von Lauchheim zwischen der B 29 und der südlich angrenzenden Bahntrasse (s. Abb. 1). Im Regionalplan 2010 ist in diesem Bereich eine Grünzäsur festgesetzt, welche als Ziel der Raumordnung betroffen ist. Der Bereich für die Änderung des Flächennutzungsplans und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan umfasst eine Fläche von ca. 1,3 ha. Davon sind ca. 0,97 ha für das Gewerbegebiet und etwa 0,33 ha als Grünfläche vorgesehen. Die Planungen verlängern das derzeitige Gewerbegebiet um weitere 150 m in die Grünzäsur hinein. In diesem Gewerbegebiet ist der Bau einer neuen Produktionshalle und eines Verwaltungsgebäudes geplant.

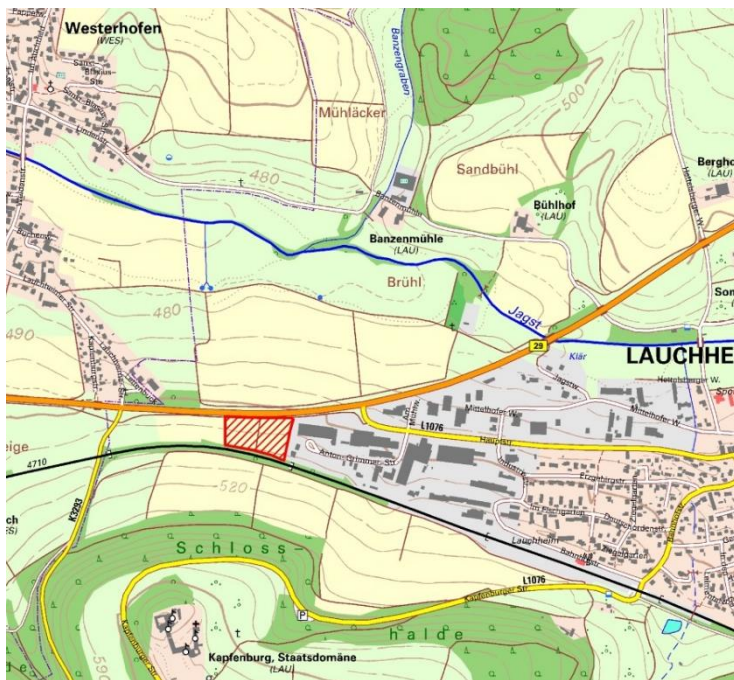


Abb. 1: Lage der beantragten Regionalplanänderung Gewerbegebiet „Wasserfurche“

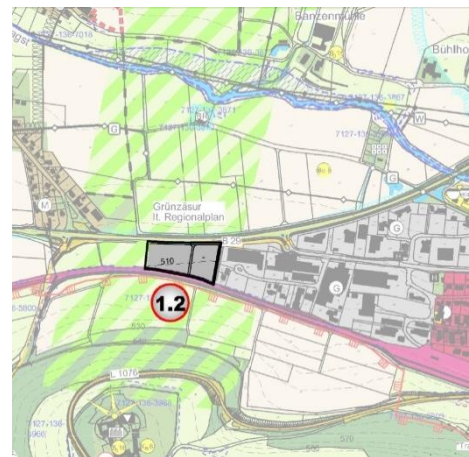


Abb. 2: Auszug FNP-Änderung 2014

Regionalplanerische Festlegungen

Die im Flächennutzungsplan der Stadt Lauchheim für die Erweiterung des Gewerbegebiets „Gewerbegebiet Wasserfurche 2. Änderung und 3. Erweiterung“ vorgesehene Fläche (Nr. 1.2) befindet sich innerhalb der im Regionalplan festgesetzten Grünzäsur 16 „östlich Westerhofen, westlich Lauchheim“. Die Grünzäsur weist zum aktuellen Zeitpunkt bereits Beeinträchtigungen auf; ihre Breite beträgt lediglich noch 350 m.

3.1.2 (Z) Grünzäsuren

Die in der Raumnutzungskarte dargestellten Grünzäsuren sollen im Zusammenwirken mit den regionalen Grünzügen ausreichende Freiräume zwischen aufeinanderfolgenden Siedlungsbereichen sichern. Sie dienen gleichzeitig der Vernetzung der regionalen Grünzüge und sollen die ökologische Ausgleichsfunktion der wohnungsnahen Landschaftsbereiche erhalten und verbessern. In den Grünzäsuren finden daher keine Siedlungs- und Gewerbeentwicklungen oder sonstige Beeinträchtigungen dieser Funktionen statt. Die parzellenscharfe Abgrenzung der Grünzäsuren erfolgt in der kommunalen Landschafts- und Bauleitplanung.

Grünzäsur 16

Lage: östlich Westerhofen, westlich Lauchheim

Breite: rd. 500 m

Ziel der Grünzäsur: Erhalt ausreichend großer, relativ unbelasteter Freiräume westlich Lauchheim aus kleinklimatischen, landschaftsökologischen und landschaftsästhetischen Gründen. Erhalt des typischen Landschaftsbildes der Jagstau und des Albtraufs um die Kapfenburg. Erhalt einer Grünbrücke zwischen den talbegleitenden Regionalen Grünzügen sowie Sicherung landwirtschaftlicher Vorrangbereiche; Sicherung eines attraktiven Erholungsbereichs durch Abgrenzung und Gliederung des Siedlungsbereichs Westerhofen/ Lauchheim.

Begründung: Das charakteristische Landschaftsensemble aus Jagstau und Albtrauf mit der Kapfenburg soll als Erholungsbereich, der Bereich der Jagstau mit zahlreichen Bach- und Gehölzbiotopen soll aus landschaftsökologischen Gründen erhalten bleiben.

Bewertung

Regionalplanerische Festlegungen

Die Grünzäsur zwischen Westerhofen und Lauchheim dient dem Erhalt des Freiraums aus kleinklimatischen, landschaftsökologischen und landschaftsästhetischen Gründen. Zum einen wird das Landschaftsbild der Jagstau, des Albtraufs mit der Kapfenburg genannt. Insbesondere die Kapfenburg stellt eine markante Landmarke in diesem Bereich dar. Dieses Landschaftsbild wird durch die Erweiterung des Gewerbegebiets beeinträchtigt. Zum anderen soll „eine Grünbrücke zwischen den talbegleitenden Regionalen Grünzügen sowie Sicherung landwirtschaftlicher Vorrangbereiche“ erhalten werden. Diese Verbindung der Grünzüge, bestehend aus den verbleibenden Freiräumen zwischen den Siedlungskörpern, wird durch die Erweiterung des Gewerbegebiets erheblich reduziert. Es verbleibt ein Freiraum mit einer Breite von ca. 200 m. Insbesondere aus Gründen der Siedlungsstruktur ist das weitere Zusammenwachsen der Orte kritisch zu bewerten. Eine Abgrenzung und Gliederung des Siedlungsbereichs Westerhofen/ Lauchheim ist bei Erweiterung des Gewerbegebiets nur noch geringfügig vorhanden. Eine funktionale Verbindung hinsichtlich der kleinklimatischen und landschaftsökologischen Funktionen ist im Bereich der Grünzäsur aufgrund der vorhandenen linienhaften Strukturen der B 29 und der Eisenbahnlinie von jeher nur eingeschränkt ausgeprägt.

Festlegungen des Landesentwicklungsplans

3.1.9 Z LEP Die Siedlungsentwicklung ist vorrangig am Bestand auszurichten. Dazu sind Möglichkeiten der Verdichtung und Arrondierung zu nutzen, Baulücken und Baulandreserven zu berücksichtigen sowie Brach-, Konversions- und Altlastenflächen neuen Nutzungen zuzuführen. Die Inanspruchnahme von Böden mit besonderer Bedeutung für den Naturhaushalt und die Landwirtschaft ist auf das Unvermeidbare zu beschränken.

Der Bereich der Regionalplanänderung schließt unmittelbar an das bestehende Gewerbegebiet „Wasserfurche“ an. Durch die geplante Erweiterung des ansässigen Betriebes Kiener ist die Ausrichtung am Bestand zentraler Inhalt der Regionalplanänderung. Da für den Betrieb keine zumutbaren Alternativstandorte verfügbar sind (vgl. S. 5, Alternativenprüfung), ist eine Inanspruchnahme der Böden als unvermeidbar zu werten.

5.3.2 Z LEP Die für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden und Standorte, die eine ökonomisch und ökologisch effiziente Produktion ermöglichen, sollen als zentrale Produktionsgrundlage geschont werden; sie dürfen nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden. Die Bodengüte ist dauerhaft zu bewahren

Die Erweiterung des Gewerbestandorts betrifft landwirtschaftliche Nutzflächen, welche gemäß der Flurbilanz als Vorrangflur II, der höchstwertigsten Kategorie in der Region Ostwürttemberg, eingestuft wurden (vgl. S. 5, Landwirtschaft). Aufgrund der fehlenden Standortalternativen ist die Erweiterung in diesem Bereich notwendig und wurde im Laufe der Vorabstimmungen auf den maximal notwendigen Umfang begrenzt.

Straßenbau

Für die Bundesstraße 29 ist im Bereich zwischen der Anschlussstelle an die A7 und Lauchheim die künftige Option eines Ausbaus offenzuhalten. Eine Trassendiskussion über die konkrete Ausgestaltung hat bei den Fachbehörden bisher nicht stattgefunden. Aus diesem Grund ist im Bebauungsplan-Verfahren zu prüfen, ob ein Ausbau durch die geplante Betriebserweiterung weiterhin möglich ist. Im Anhörungsverfahren zur Regionalplanänderung sind hierzu keine Einschätzungen der Straßenbaubehörden erfolgt.

Eine zweistreifig ausgebaute Bundesstraße hat gemäß der Richtlinie für die Anlage von Straßen – Teil: Querschnitte (RAS-Q) einen Straßenquerschnitt von 10,5 m. Darüber hinaus besteht gemäß § 9 Abs. 1 und 2 FStrG ein Bauverbot für Hochbauten und bauliche Anlagen in einem Abstand von 20 m zum Straßenkörper; innerhalb eines Abstands von 40 m ist die Einschätzung der zuständigen Straßenbaubehörde erforderlich. Der Regionalverband hat aus diesem Grund eine Grobübersicht über die Trassen- und Abstandsverhältnisse dargestellt. Gemäß dieser vorläufigen Trassenüberlegung ist ein Ausbau weiter möglich.

Schienenverkehr

Im Regionalplan ist für die Riesbahn (Bahnstrecke Aalen – Bopfingen (Nördlingen)) als Ziel festgelegt, die Trasse für einen zweigleisigen Ausbau zu sichern (PS 4.1.2.6 (Z)). Dieses Ziel wird durch die vorliegende Regionalplanänderung nicht verändert, der zweigleisige Ausbau darf durch die Erweiterung des Gewerbebetriebes nicht beeinträchtigt werden.

Denkmalschutz

Bei der Kapfenburg handelt es sich um ein regionalbedeutsames Kulturdenkmal. Sie zählt als Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung gem. § 28 DSchG, das zudem den Schutz der Umgebung gem. § 15 Abs. 3 DSchG genießt. Das Landesdenkmalamt beim Regierungspräsidium Stuttgart nennt in seiner Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Schreiben vom 06.07.2011) als konservatorisches Ziel, die „kulturlandschaftliche Einbettung“ der Kapfenburg zu erhalten. Die Wirkung auf die Landschaft wird insbesondere durch die „solitäre, in hohem Maße talraumprägende Lage des Kulturdenkmals“ bewirkt. Diese Alleinlage ist durch die Bebauung im Westen Lauchheims und in Westerhofen bereits beeinträchtigt. Die Erweiterung des Gewerbegebiets würde die prägende Umgebung der Kapfenburg nach Ansicht der Denkmalbehörde erheblich beeinträchtigen, dass die Belange des Umgebungsschutzes gem. § 15 Abs. 3 DSchG berührt sind. Darüber hinaus äußert das Landesdenkmalamt die Befürchtung, dass durch die geplanten Windenergieanlagen im Hintergrund die „historisch-topographisch eindrucksvolle Solitärlage der Kapfenburg am Albtrauf“ bereits stark gemindert wird und das regionalbedeutsame Kulturdenkmal in seinem kulturlandschaftlichen Umfeld durch das Gewerbegebiet weiter massiv eingeschränkt wird.

Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie ist eine intensive Betrachtung der regionalbedeutsamen Kulturgüter erfolgt. Auf Basis von Sichtbarkeitsanalysen, welche im Bereich der Kapfenburg durch fotorealistische Visualisierung möglicher Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen ergänzt wurden, konnte der Flächenzuschnitt der Vorranggebiete für die Windenergie so gewählt werden, dass die relevanten Blickbeziehungen zur Kapfenburg nicht beeinträchtigt werden. Mögliche Windenergieanlagen wurden aufgrund der Sichtbarkeitsanalysen soweit zurück gerückt, dass eine beeinträchtigende Sichtbarkeit im Umfeld der Kapfenburg nicht besteht. Lediglich für einen Standort bei Weiler konnte die Sichtbarkeit von Windenergieanlagen im räumlichen Zusammenhang mit der Kapfenburg nicht

vollständig vermieden werden. Dieser Standort befindet sich allerdings in 5 km Entfernung, ein Sichtbezug mit dem geplanten Gewerbegebiet besteht nicht, sodass auch hier keine Verstärkung der Beeinträchtigungen der Kapfenburg aufgrund der Kombination von Gewerbegebiet und Windenergieanlagen erfolgt. Eine Beeinträchtigung der Kapfenburg ist somit auf die Wirkung des geplanten Gewerbegebäudes beschränkt.

Die geplante Erweiterung erfolgt im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang des bestehenden Betriebes. Die Veränderung des Blicks auf die Kapfenburg wird wahrnehmbar sein, ist aber aufgrund der bereits vorhandenen Gewebestrukturen und die im Verfahren vorgenommene Reduzierung der Gebäudelänge in seiner Auswirkung weniger beeinträchtigend zu bewerten als wenn es sich um einen Neustandort handeln würde. Die verbleibende Beeinträchtigung kann weiterhin durch eine entsprechende Einbindung der Gebäudekomplexe in die Landschaft durch abschirmende Gehölzpflanzungen und Gestaltungsmaßnahmen wie eine landschaftsbildverträgliche Wahl des Fassadenmaterials und Dachbegrünung vermindert werden. Diese Maßnahmen sind in den nachgelagerten Verfahren zu regeln.

Die Beeinträchtigungen des Umgebungsschutzes der Solitärlage Kapfenburg kann somit auf eine Maß reduziert werden, was in der Abwägung zwischen den Belangen des Denkmalschutzes und den wirtschaftlichen Interessen für den Betrieb, die regionale Wirtschaft und die Arbeitsplatzsituation in der Kommune die Entscheidung zugunsten der Gewerbegebietserweiterung vertretbar macht.

Landwirtschaft

Die geplante Gewerbegebietserweiterung betrifft landwirtschaftliche Flächen der Vorrangflur II. Hierbei handelt es sich um die höchste Bewertungsstufe von landbauwürdigen Flächen in der Region. Diese sind entsprechend ihrer Bedeutung in der Abwägung zu berücksichtigen. Die Erhaltung landwirtschaftlicher Vorrangflächen wird im Plansatz zur Grünzäsur explizit genannt. Ein schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz ist für den Bereich nicht festgelegt.

Aufgrund der räumlichen Bindung des Betriebes und fehlender Standortalternativen ist bei einer Erweiterung des Betriebes die Inanspruchnahme der betroffenen Fläche nicht vermeidbar. Andere, weniger hochwertige landwirtschaftliche Flächen stehen nicht zur Verfügung.

Weiterentwicklung des Gewerbebestands, Alternativenprüfung

Für die Fa. Kiener besteht konkreter Erweiterungsbedarf, der aus betrieblichen Gründen in Lauchheim, möglichst am bestehenden Standort notwendig ist.

Bei der Firma Kiener handelt es sich um eine ortsansässige Firma in Lauchheim, die seit 25 Jahren stetig gewachsen ist. Sie stellt für die Stadt Lauchheim mit 300 Mitarbeitern am Standort einen wichtigen Arbeitgeber dar. Es besteht somit aus wirtschaftsstrukturellen Gründen ein großes, berechtigtes Interesse, den Betrieb in Lauchheim zu halten.

Für das Stadtgebiet Lauchheim wurde eine Prüfung von möglichen Alternativstandorten durchgeführt, jedoch sind zum aktuellen Zeitpunkt keine passenden Gewerbeflächen im Flächennutzungsplan ausgewiesen. Insgesamt ist die Stadt Lauchheim hinsichtlich ihrer Weiterentwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Bereiche mit geringen Konflikten, in denen eine Neuausweisung von Gewerbeflächen zur Umsiedelung des Betriebes stattfinden könnte, sind aus topographischen und städtebaulichen Gründen und aufgrund weiterer Restriktionen ebenso nicht vorhanden oder sind nicht in die Betriebsabläufe integrierbar. Somit stehen entsprechend der Alternativenprüfung im Stadtgebiet von Lauchheim keine Flächenalternativen zur Verfügung, um eine Gesamt- oder Teilverlagerung des Betriebes vorzunehmen. Eine Verlagerung in Teilorte Lauchheims schließt sich aus städtebaulichen und betriebswirtschaftlichen Gründen aus.

Als weitere Alternative wurde die Teilverlagerung der Produktion in eine benachbarte Kommune erprobt, was sich jedoch aufgrund der massiven Erschwerung der Betriebsabläufe und bspw. der notwendigen doppelten Vorhaltung der Maschinen als unwirtschaftlich erwiesen hat. Die Option einer Aufspaltung des Betriebes steht somit ebenfalls nicht zur Verfügung.

Aufgrund der seit 2011 andauernden Suche nach Alternativmöglichkeiten und aufgrund der aktuellen betrieblichen Situation besteht inzwischen akuter Handlungsdruck, der die Erweiterung des Standortes zwingend erforderlich macht.

Der gewählte Standort stellt die einzige Möglichkeit dar, den ortsansässigen Betrieb und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten und die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes und die Arbeitsplatzsituation der Stadt Lauchheim nicht zu gefährden.

Gesamtbetrachtung

Die Funktion der Grünzäsur ist durch bereits vorhandenen Belastungen des Gewerbegebietes bereits deutlich gemindert. Das Landschaftsbild, abzielend auf die Kapfenburg und ihre exponierte Lage wird bereits zum aktuellen Zeitpunkt durch die bestehenden Gewerbebetriebe beeinflusst. Eine zusätzliche Beeinträchtigung der Kapfenburg durch Windenergieanlagen in Verbindung mit der Betriebserweiterung besteht nach detaillierten Untersuchungen (Sichtbarkeitsanalysen) nicht. Die Bedeutung der Verbindung der talbegleitenden Grünzüge ist durch den Verlauf der Bahntrasse sowie der Bundesstraße B 29 als eher gering einzuschätzen. Dementsprechend gering wird auch die faunistische Ausstattung des betroffenen Bereichs bewertet (vgl. Umweltbericht). Hervorzuheben ist die Funktion der Grünzäsur zur Abgrenzung und Gliederung der Siedlungsbereiche Lauchheim und Westerhofen, welche durch die Erweiterung des Gewerbegebietes entfallen wird. Darüber hinaus werden durch die Betriebserweiterung hochwertige landwirtschaftliche Flächen beansprucht.

Dagegen steht der Erweiterungsbedarf des Gewerbebetriebes, für den entsprechend der Alternativenprüfung unter Berücksichtigung des bestehenden Standortes und Aspekten der Betriebsabläufe keine Standortalternativen zur Verfügung stehen. Die Fortentwicklung des bestehenden Gewerbebestandes ist ausschlaggebend für den Fortbestand der Firma Kiener und dadurch von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Situation der Stadt Lauchheim, für die der Betrieb einen wichtigen Arbeitgeber darstellt.

Aufgrund der bestehenden Vorbelastung der Grünzäsur, den aus regionalplanerischer Sicht beherrschbaren und durch entsprechende Gestaltungsmaßnahmen verminderbare Beeinträchtigung der Kapfenburg als regionalbedeutsames Kulturdenkmal und den fehlenden Standortalternativen kann einer Erweiterung des Gewerbegebietes Wasserfurche und den zugrundeliegenden wirtschaftlichen Belangen Vorrang eingeräumt und der Regionalplan in diesem Bereich geändert werden.

Die Zulässigkeit der Regionalplanänderung beschränkt sich aufgrund der speziellen Situation auf die Erweiterungsabsichten der Firma Kiener, die aufgrund der in den Ausführungen geschilderten wirtschaftlichen und betrieblichen Zwangslage auf den Bereich der Regionalplanänderung angewiesen ist. Eine Zurverfügungstellung für andere gewerbliche Zwecke oder Unternehmen ist im Weiteren durch entsprechende Regelungen auszuschließen.

Zusammenfassende Erklärung gemäß § 11 (3) ROG i.V.m. § 2a (6) LPIG

Gemäß Landesplanungsgesetz vom 10. Juli 2003, zuletzt geändert im Oktober 2015 enthält die Begründung des Regionalplans eine zusammenfassende Erklärung,

- a) wie Umwelterwägungen in den Plan einbezogen wurden,
- b) wie der Umweltbericht sowie die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 3 bis 7 und § 12 Abs. 2 bis 6 im Plan berücksichtigt wurden und welche Gründe nach Abwägung mit den geprüften anderweitigen Planungsmöglichkeiten für die Festlegungen des Plans entscheidungserheblich waren

a) Einbeziehung von Umwelterwägungen und Ergebnissen des Umweltberichts

Der Umweltbericht zur 6. Regionalplanänderung „Gewerbegebiet Wasserfurche“ in Lauchheim (Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Gewerbegebiet Wasserfurche – 2. Änderung und 3. Erweiterung“) beschreibt und bewertet die Auswirkungen der Planung auf Ebene des Bebauungsplans.

Der Umweltbericht stellt die Betroffenheit der Umweltbelange auch in Hinblick auf mögliche Alternativstandorte dar. Das gewählte Gebiet ist dabei das einzige, was für die notwendige Standorterweiterung des Gewerbebetriebes in Frage kommt.

Die Gegenüberstellung der Auswirkungen auf die Umweltschutzgüter wie Boden, Landschaft oder Kultur- und Sachgüter (hier insbesondere Kapfenburg) mit der Notwendigkeit der Regionalplanänderung werden in der Abwägung zum Satzungsbeschluss berücksichtigt. Die Abwägungsgründe werden in der vorangegangenen Begründung (s.o.) sowie in der Synopse dargestellt.

b) Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens nach § 12 (2) bis (6) LPIG

Das Beteiligungsverfahren ist im Sommer 2016 gemäß den Vorgaben des Landesplanungsgesetzes erfolgt. Umweltrelevante Hinweise und Bedenken aus dem formellen Beteiligungsverfahren betrafen vor allem die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Produktionsflächen sowie Auswirkungen auf das regionalbedeutsame Kulturdenkmal Kapfenburg.

Die landwirtschaftlichen Belange wurden überprüft und deutlicher aufgearbeitet. Aufgrund der fehlenden Alternativflächen mussten die landwirtschaftlichen Belange für die Gewerbegebietserweiterung zurückgestellt werden (s.o.).

Die Hinweise, dass eine zusätzliche Beeinträchtigung der Kapfenburg durch die im Süden geplanten Windenergieanlagen erfolgt, wurden überprüft und das Ergebnis in der Synopse (s. Anlage X) sowie in der Begründung (s.o.) dargelegt.

Die Anregungen zur Ausgleichsflächenplanung betrafen zum einen Aspekte außerhalb der konkreten Regionalplanänderung. Weitere Einwendungen bezogen sich - aufgrund des groben regionalen Planungsmaßstabes - in erster Linie auf die kommunale Bauleitplanung und wurden dieser, soweit nicht bereits bekannt, zugeleitet.

Der Umweltbericht wurde aufgrund der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens überarbeitet und aktualisiert. Die Aussagen zum Artenschutz wurden hinsichtlich ihrer Aktualität bereits im Mai 2016 überprüft.